



Sinnsicht sein. Es könnte eine solche Opferbereitschaft in ihrer Ideellen wie materiellen Weiterwirkung sogar mit größter Wahrscheinlichkeit zum Wendepunkt, d. h. zum Wiederaufstieg unserer gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen. Darum: Hic rhodus, hic salta!  
 Berlin. R. G.—r.

Der Artikel des Kollegen Schweinitz, „Krisenwirkungen“, in Nr. 42 des „Korr.“ fordert direkt zum Nachdenken und zur Gegenüberstellung heraus. Das Zahlenmaterial bringt den besten Beweis dafür, daß es mit unsern Finanzen nicht zum besten bestellt ist, und daß, was aus dem Artikel selbst hervorgeht, unbedingt ein Ausweg gefunden werden muß. Beitragerhöhung oder Leistungsabbau ist die Parole, beides Mittel, mit denen keiner zufrieden ist. Wir Buchdrucker sind als zahlungsfreudig bekannt, aber in jetziger Zeit kommt neben Beitragszahlung auch noch die kollegiale Unterstützung der Kurzarbeiter, Kurzarbeit selbst und andres in Frage, das der Zahlungsfähigkeit der Gehilfen ein Ziel setzt. Leistungsabbau wird von den davon Betroffenen auch nicht freudig hingenommen werden. Als Ausweg möchte ich aus unsern Verbandsstatuten den § 1 in Erinnerung bringen. Absatz 1: Der Verband bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. — Absatz 2 (f): Einwirkung auf die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterklasse... Daß der Verbandsvorstand sachgemäß handelt, darüber bestehen wohl bei keinem Gehilfen Zweifel. Größerer Energieaufwand ist aber unbedingt nötig, um zu einem reiflichen Erfolg zu kommen. Wirtschaftliche Vorteile für die Mitglieder, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, selbst auf die Gefahr hin, politische Parteien zu unterstützen, ist das Gebot der Zeit.  
 Berlin. R. G.—r.

**Was erfordert unsere Zeit?**  
 Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Gächtergilde Gutenberg enthält die besten Namen der Weltliteratur

Soweit unsere Innaliden in Frage kommen, könnte es wohl beim alten verbleiben, da diese Kollegen durch den Abbau ihrer letzten Renten sowie so bedeutend sich einschränken müssen.

Wohl das schwierigste Problem ist die Unterstützung unserer Arbeitslosen. Hierbei kommen nicht nur moralische, sondern — was weit wichtiger ist für die Gesamtkollegen — berufspolitische Momente ausschlaggebend in Betracht. Hier ist das heiße Eisen, an dem wir uns alle die Finger verbrennen werden, wenn wir es nicht recht anzupassen wissen. Soweit arbeitslose Kollegen zum erstenmal die „Ehre“ haben, ein halbes Jahr streikeln zu müssen, mag es angehen, die Unterstützung um 35 bis 40 Pf. pro Tag zu beschneiden. Sie haben, immer die beiden höchsten Stufen gesehen, unter Umständen das selbe, wenn nicht oft noch mehr, wie ihre kurzarbeitenden Kollegen, zumal die Hauszinssteuer und verschiedene andre öffentliche Abgaben für sie in Wegfall kommen.

Entschieden anders und geradezu trostlos wird das Bild, wenn der Kollege in die Krisenunterstützung oder gar in die Wohlfahrt gerät. Nur derjenige weiß wirklich von der Schmach und fesseligen Zermürbung dieser Menschen zu reden, der es selbst am eignen Leide mitmacht. Wer tagtäglich die stummen Augen seiner Frau und der Kinder ansehen muß, wer in ohnmächtiger Wut rings um sich herum verschleißt, ohne an Erfolg denken zu können, der weiß, wofür ein großer Notanker ihm in der Notstandsbeihilfe seitens des Verbandes geworfen wurde. Man komme mir nicht von wegen Schwarzmalerei oder so ähnlichem. Viele Kollegen werden mir darin zustimmen, wenn ich behaupte, daß nicht jedem die Notstandsbeihilfe des Verbandes für Zeit und Weizigkeit anzunehmen eine reine Freude bedeutet. Zumal, wenn ihm brennend ins Gehirn geht: „Das hast du nicht selbst erarbeitet und ein Recht darauf, das geben deine Kollegen für dich.“ Es ist nun einmal so: die Notstandsbeihilfe richtet nicht nur Familienväter ein gutes Stück auf, sondern bewahrt manchen jungen, nicht durch Strafe gewerkschaftliche Schulung gegangenen Menschen, davon, seinen organisierten Kollegen als Lohndrücker in den Rücken zu fallen! Hunger tut weh und macht geistig minderwertig.

Aus diesem Grunde kann ich mir die These des Kollegen Schweinitz nicht ganz zu eigen machen, die von einer Bezugseinschränkung und -begrenzung spricht. Es gibt im Laufe des Jahres immer noch Gelegenheiten, die am stärksten belasteten Kollegen für einige Zeit in Beschäftigung zu bringen. Dazu bedarf es aber nicht u. z. immer wieder Aufforderungen an die Solidarität der Kollegen unter sich, sondern einer zwingenden gesetzlichen Vorschrift, die endlich den in so manchen Orten eingerissenen Gehilfenschleichungen seitens der Prinzipale einen kräftigen Riegel vorschiebt. Wenn schon geopfert werden muß, dann auch ohne Ausnahme und nicht nur auf Kosten der Allerärmsten. Im Interesse des Verbandes und auch im Interesse der Kollegen liegt es nicht, wenn einzelne Kollegen immer wieder nach ganz kurzer Unterbrechung ihres Arbeitsverhältnisses abberufen werden, die andern aber allmählich dem Lumpenproletariat anheimfallen.

Vor einer schweren, tief einschneidenden Aufgabe steht der Vorstand des Verbandes. Vor einer Aufgabe, die wohl mit einigen Federstrichen à la Brüning erledigt werden könnte, wenn nicht über allem Zug und Lassen das Pflicht- und Kollegialitätsgefühl der Mitglieder stände. Ich mußte aus meinem Gewissen heraus Stellung zu den Dingen nehmen und Vorschläge machen, die ich im Interesse der Gesamtheit sah. Mögen der Aufforderung unseres Verbandstatuten zur Diskussion recht viele Kollegen sachlich sich äußern, mit dem Gedanken: „Aber alles der Verband!“  
 Köln. August Roos.

Zu dem Artikel des Kollegen Schweinitz in Nr. 42 möchte ich folgende Meinung vieler alten Kollegen zum Ausdruck bringen: Seit langer Zeit sehen gerade die älteren Kollegen mit größter Sorge die Gelder in der Verbandskasse schwinden. Viele haben bereits 1800, 2000 und noch mehr Beiträge geleistet, die zwar in den Versammlungen nicht schreien, aber dafür treu dem Verband dienen und zur Höhe gebracht haben. Heute will man die Unterstützungen kürzen oder die Beiträge erhöhen. Beides geht nicht. Warum erhöht man nicht die Karenzzeiten? Warum wird den sogenannten Verbandsausbeutern nicht endlich einmal gründlich das Handwerk gelegt und die Unterstützung entzogen? Diese Leute sind nur im Verband, um diesen ausgiebig zu ruften. Vor vielen Jahren hatte ich schon den Antrag zur Generalsammlung gestellt, daß die Karenzzeiten erhöht werden müssen, um bei einer Krise gewappnet zu sein, aber die sehr stark vertretenen Nachkollegen haben mit geringer Majorität den Antrag zur Abstimmung gebracht. Nicht die Masse hält den Verband hoch, sondern die Qualitätsmitglieder. L. G. (München).

In einem Schlußsatz, den wir wegen sinnloser Verbindlichkeiten der Gewerkschaften gestrichen haben, spricht der Verfasser u. a. die Hoffnung aus, daß sein Artikel nicht wieder in den Papierkorb wandere, wie früher schon mancher andre. Dazu wäre zu bemerken, daß wir auch diesen Artikel lieber abgelehnt hätten. Da er aber ein Schulbeispiel dafür ist, wie eine Polemik unter Kollegen

im Verbandsorgan nicht geführt werden soll, sind wir davon abgesehen. In der Sache selbst, die Kollege L. G. vertritt, steht zwar ein teilweise berechtigter Kern, die Form aber und seine verallgemeinernde Tendenz aus Einzelfällen unkollegialer Verbandsausnutzung sind nicht dazu geeignet, dem kollegialen Zusammenhalt zu dienen. Die übergroße Mehrzahl unserer arbeitslosen Kollegen wäre gewiß herzlich froh, wenn sie wie Kollege L. G. nicht dazu gerurteilt wären, die Unterstützungsanstaltungen des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Schriftleitung.

**Gewerkschaften und Wirtschaftskrise**

In den letzten Jahren haben die Gewerkschaften auf allen Gebieten des sozialen Lebens Erfolge erzielen können. Wir waren stolz darauf und haben diese in der Agitation für den Berufsverband ausgewertet. Es genügt, auf die Entwicklung der Tariflöhne, auf die in fast allen Wirtschaftszweigen erreichten Arbeitszeitverkürzungen, auf die vielen Verbesserungen in der Sozialpolitik, den immer mehr verbesserten Unfallschutz und vieles andre zu verweisen, und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ergab sich gewissermaßen von selbst. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn wir die hier ausgewählten gewerkschaftlichen Erfolge nicht entsprechend ausgekostet hätten; aber wir haben mehr getan als das. Wir haben stets betont, daß die Gewerkschaft kein Verein zur Erreichung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten ist. Wir haben das hohe Endziel gewerkschaftlichen Wirkens, die soziale und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des kapitalistischen Wirtschaftssystems, herausgestellt. Auch ist nie ein Zweifel darüber gelassen worden, daß jeder gewerkschaftliche Erfolg von den Machtverhältnissen abhängt, wobei neben unserer eignen Macht und Stärke das Kampfgewicht unseres sozialen und wirtschaftlichen Gegenspielers eine entscheidende Rolle spielt. Aber nicht nur das, sondern eine Fülle anderer Momente bestimmt ebenfalls den Ausgang der sozialen Kämpfe mit. Als solche seien nur genannt: die Arbeitslosigkeit, die Höhe der vorhandenen Lagerreserven, die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse und andre.

Das alles gehört zum eisernen Bestand des gewerkschaftlichen Gedankengutes. Wie ist es in der Wirtschaftskrise auszuwerten? Beginnen wir beim Praktischen, dem gewerkschaftlichen Tageserfolg. Lohnerhöhungen haben wir in der Wirtschaftskrise nicht aufzuweisen. Im Gegenteil, auf der ganzen Linie wurde uns ein Lohnabbau beschert. Nicht zur Entschuldigend, sondern nur zur Klarstellung der Verhältnisse muß dazu folgendes festgelegt werden. Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat dem Staat einen bis dahin nie gekannten Einfluß auf das Wirtschaftsleben gebracht. Das trifft in ganz besonders hohem Maß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu. Den Staat zu erobern, oder seine Funktionen auch nur in entscheidendem Maße zu beeinflussen, ist der Gewerkschaft bisher nicht gelungen. Zum Beweis dafür sei nur an den Ausgang der letzten Reichstagswahl erinnert. Das hat dazu geführt, daß wir selten uns nicht sehen es auszusprechen, der Staat heute in Fragen der Lohnbemessung gegen uns steht. Die Gehaltsfolgerung, die der Gewerkschaftler hieraus zu ziehen hat, liegt auf der Hand. Sie ist politischer Natur. Den Staat aus den heute von ihm eingenommenen Machtpositionen auszuschalten, ist nach Lage der Dinge unmöglich und wird von den Arbeitergruppen, für die der staatliche Einfluß auf die Lohngestaltung trotz seines augenblicklich reaktionären Charakters in Anbetracht der gesamten Krisensituation immer noch eine Stärkung ihrer eignen Machtposition bedeutet, nicht gewünscht. Gesetze, die den Staatseinfluß bezüglich der Mitbestimmung von Lohn und Arbeitszeit regeln, aber nur für die uns erwünschten Gewerbegebiete Geltung haben sollen, sind unmöglich. Deshalb wird die Zukunft, viel mehr noch als die Gegenwart und die Vergangenheit, von den Gewerkschaften politische Betätigung erfordern. Daß wir trotzdem den Standpunkt parteipolitischen Neutralität nicht zu verlassen brauchen und auch nie zu verlassen denken, steht dazu in keinem Widerspruch. Wie aber steht es um den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Lohngestaltung, wenn der politische Zentralgewalt ein lo entscheidender Einfluß gesichert ist, daß sie sich über unsere Forderungen und Wünsche einfach hinwegsetzen kann? Sind wir ausgeschaltet? Niemals. Die Existenz mächtiger Gewerkschaften zieht auch dem sozialpolitischen Wirken des Staates seine Grenzen. Mächtig die Staatsgewalt der Arbeiterschaft solche Opfer zu, daß sie die Gewerkschaften zu einem Kampf gegen die Staatsgewalt zwingt, dann gäbe das einen Kampf auf Tod und Leben. Dann stände nicht nur die Existenz der Gewerkschaften, sondern auch die der Staatsmacht in ihrer heutigen Form auf dem Spiel. Den Ausgang eines solchen Ringens kennt niemand. Aber eins ist sicher. Keine Regierungsmacht kann die Verhältnisse dahin treiben. Und weil sie das im Interesse ihrer selbst nicht kann und darf, so sind auch ihren reaktionärsten Lohnabbauvorstrebungen Grenzen gezogen. Und das ist heute in der furchtbaren Wirtschaftskrise der gewerkschaftliche Erfolg. Sein Ausmaß hängt ab von unserer Macht, die jedoch, der gegen uns steht, ein Warnungssignal ist, den Wagen nicht zu überspannen. Je zahlreicher und geschlossener wir auch in der schweren Krisenzeit zusammenstehen, um so weiter wird dieses Warnungssignal leuchten. Im Gegensatz zu dem, was wir in den der Krise vorausgegangenen Jahren an Lohnerhöhungen durchzuführen vermochten, ist das, was die Gewerkschaften heute zu verhindern vermögen, ein unsichtbarer Erfolg. Ihn sichtbar zu machen, das ist im Augenblick unsere wichtigste Aufgabe.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der Frage der Arbeitszeit. Alle bisherigen gewerkschaftlichen Erfolge auf

In Nr. 42 des „Korr.“ vom 27. Mai 1931 legte uns der Hauptkassierer des Verbandes, Kollege Schweinitz, eine Rechnung vor, die wohl bei recht vielen Kollegen wie ein Bombenschlag gewirkt hat.

„Wer gewöhnt ist, in der gegenwärtigen Krise mit offenen Augen die Dinge anzusehen, die um uns sich abspielen, wer kalt und nüchtern rechnet, der wird von Illusionen und politischen Harlekinaden verschont bleiben. Wie eine Granitmauer stehen die Realitäten der Not vor uns. Alles Anzuehmen dagegen ist zwecklos und vergeubte Kraftanstrengung, solange das Proletariat sich noch den Luxus erlauben kann, sich gegenseitig zu zerfleischen.“

Unsre Organisation ist bis heute (und wo über uns gesprochen wird, da gelten die Buchdrucker als vorbildlich) dank ihrer inneren Geseligenheit verhältnismäßig wenig von radikal-politischen Gierigkeiten beklüftet worden. Kommt hinzu, daß wir Unterstützungen haben, wie sie kaum eine andre Gewerkschaft zu leisten imstande ist — bekannte Ursachen: fehlende Zersplitterung in mehrere Richtungen, Verschonung von zahlreichen Ausprägungen und Streiks und vor allem eine fast reiflose Erfassung aller Berufsangehörigen —, so ist es leicht erklärlich, wenn die Meinung aufkommt, der Verband würde auch jetzt ohne Erschlitterungen erster Art die andauernde Krise bewältigen.

Zahlen reden eine recht deutliche Sprache, und weil der Verband in seiner Hauptphase eine wirtschaftliche Organisation ist, dürfen haben wir als Mitglieder ein Interesse daran, den Haushalt unserer Organisation in Ordnung zu halten. Ich halte es deshalb für die Pflicht eines jeden Kollegen, ganz gleich ob er voll in Arbeit steht, ob er verkürzt arbeitet, oder der großen Arbeitslosenarmee angehört, zu dem Opfervorsatz des Kollegen Schweinitz Stellung zu nehmen.

Um zur Sache selbst zu kommen, glaubt Kollege Schweinitz, zur Aufrechterhaltung der jetzigen Leistungen ein Beitragsopfer von mindestens einer Mark von den in Arbeit stehenden Kollegen anfordern zu müssen. Dieses Opfer wäre meines Erachtens vielleicht vor einem Jahre leicht zu bringen gewesen. Heute, nach Einführung der Bürgersteuern, der Erhöhung des staatlichen Erwerbslosenbeitrages, des eingetretenen Lohnabbaues und der vielerorts geraubten Leistungszulage, nicht zu sprechen von den eingetretenen Mieterhöhungen, bedeutet ein Beitragsopfer von mindestens einer Mark für uns arbeitenden Kollegen eine zu starke Belastung. Höchstens käme eine Mark von 50 Pf. in Betracht, die sich nach der Höhe des tatsächlichen Lohnes automatisch um jeweils denselben Betrag steigern könnte, analog unserer jetzigen Notstandsbeihilfe. (Gebehrten Kollegen zur gefl. Mitteilung, daß Verfasser dieses Vorschlags selbst Unterstützungsempfänger ist und deshalb sich vor eventuellen Vorwürfen eines „Bremfers“ gefeit weiß.)

Zu den beachtlichsten Unterstützungsleistungen möchte ich schon sagen, daß mir der Vorschlag, 20 Pf. pro Tag für die Krankenunterstützung, etwas wenig vorkommt. Soweit verheiratete Kollegen in Frage kommen, beziehen sie von der Krankentafel meines Wissens bei Arbeitsunfähigkeit 50 Proz. des ortsüblichen (nicht des Arbeitslohes) und für jedes Familienglied 5 Proz. Da die Durchschnittsfamilie wohl mit vier Personen gerechnet werden kann, kommen 65 Proz. seitens der Rassen zur Auszahlung. Hier wird es wohl meines Erachtens kaum einen Kollegen geben, der im Interesse der Rassen unsern Arbeitslosen auf einige Groschen sehen wird, zumal bei länger andauernder Krankheit ein gewisser Ausgleich durch Erstattung der Lohnsteuer zum Anfang des Jahres eintritt. Eine Reduzierung von 30 Pf. in der höchsten Staffel würden wohl wenige Kollegen monieren.

diesem Gebiet sind in Perioden guter Konjunktur erlitten worden. Hier bringt die Krise eine Umkehrung aller bisherigen Erfahrungen. Die Forderung nach verkürzter Arbeitszeit hat sich im Prinzip schon die Brauns-Kommission zu eigen gemacht. Ebenso haben einschichtige Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Krisenüberwindung herausgestellt und sie teils auch praktisch verwirklicht. Die derzeitige Regierungsmacht steht zumindest nicht auf dem reaktionären Unternehmerstandpunkt, daß eine Arbeitszeitverlängerung das Erfordernis der Zeit sei. In früheren Wirtschaftskrisen hat niemand an Arbeitszeitverkürzungen gedacht, heute ist eigentlich nur noch der Lohnausgleich die dabei am meisten umstrittene Frage, also nicht mehr das Grundsätzliche. Dasselbe gilt für die zeitliche Begrenzung der eingeschränkten Arbeitszeit, nämlich ob diese nur ein Mittel zur Behebung der augenblicklichen Arbeitsnot oder ein Dauerzustand sein soll. Der Wandel der öffentlichen Anschauungen bezüglich der Arbeitszeitgestaltung in der Wirtschaftskrise geht auf folgenden Grund zurück: Die Arbeitslosen müssen unterstützt werden. Je stärker das Arbeitslosenheer anschwillt, um so mehr Menschen müssen aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Jedes Mehr an Erwerbslosen verkleinert aber die Beiträge- und Steuererlöse. Dieses verhängnisvolle Auseinandergehen der Einnahmen- und Ausgabenkurve kann aber an einem bestimmten Punkt dazu führen, daß die Gelder für die Erwerbslosen nicht mehr aufgebracht werden können, was ganz unabwehrbare soziale und politische Konsequenzen nach sich ziehen würde. Der gegen seinen Willen aus dem Wirtschaftsprozess geworfene deutsche Arbeiter ist nicht gewillt, widerspruchslos zu verhungern, und seine Gewerkschaften würden in dem dann ausbrechenden Verzweiflungskampf, dessen Form und Ausgang nur zu ahnen ist, an seine Seite treten. Diesen Kampf fürchtet auch die kapitalistische Welt. Bei Strafe ihres Untergangs muß sie die Arbeitslosenfrage lösen. Und ein Mittel hierzu ist die Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums auf eine größere Zahl von Arbeitern, also praktisch die Arbeitszeitverkürzung. Wiederrum können wir feststellen, daß bei den Entscheidungen auch über diese hochwichtige Frage die Forderung starker freigewerkschaftlicher Organisationen in Rechnung gestellt und daher ihre Lösung in einer Richtung gesucht wird, die dem gewerkschaftlichen Zielstreben parallel läuft.

Diese Beispiele sollten den Wert starker Gewerkschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise veranschaulichen. Trotzdem der gewerkschaftliche Erfolg nicht so sichtbar wird, wie in Zeiten guter Konjunktur, so darf doch festgehalten werden, daß ihn die deutsche Arbeiterklasse erkennt. Bisher hat selbst die fürchterlichste Wirtschaftskrise, die je den Erdball erschütterte hat, die deutschen freien Gewerkschaften zahlenmäßig nicht zu schwächen vermocht. Und die Zukunft wird es ebenjowenig können. Hier zeigt sich die Frucht jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Schulungs- und Erziehungsarbeit, die vielleicht die stärksten Aktiopoiten in unserm sozialen Ringen sind. W. B.

### Die Sphinx des wirtschaftlichen Problems

Die alte griechische Fabel von der Sphinx sagt, daß sie am Wege zum glänzenden siebentorigen Theben lag. Wer den Weg dorthin finden wollte, der mußte das Rätsel lösen, das sie ihm aufgab. Wer die Antwort nicht fand, der ward zerschmettert.

Auch in unserer Zeit — da der ungeheure Fortschritt der Technik zwischen den Menschen und den Menschengemeinschaften alle Verhältnisse neugestaltet — liegt die Sphinx des wirtschaftlichen Problems auf unserm Lebensweg. Bleiben wir die richtige Antwort schuldig, so ist unser



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Stibbe in Berlin  
Eingetretten: 6. Juni 1881  
Jetzt Invalide



August Zirk in Karlsruhe  
Eingetretten: 3. Juni 1881  
Jetzt Invalide



wirtschaftlicher Untergang besiegelt. Der Tragweite dieses Untergangs sind wir Gewerkschaftler uns vollbewußt, deshalb wollen wir unerbittlich weiterkämpfen. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfordert den Kampf des Menschen mit dem Menschen; denn die Zahl der Arbeitenden, die mit der Natur kämpfen, und die, welche die Veredelung der Naturprodukte bewerkstelligen, wird verhältnismäßig immer kleiner, die der Menschen aber, deren Erwerb darin besteht, als Schmarotzer der Wirtschaft dem Nächsten sein Arbeitsprodukt zu entreißen, sowohl verhältnismäßig als absolut immer größer. Diese gegebenen Tatsachen erschweren den Kampf, noch dazu weil der Staat durch Gesetze, die für den „Schmarotzerteil“ unseres Volkes wiederum Vorteile schaffen, uns an der Entfaltung hemmt.

Statistiken mit astronomischen Zahlen, gewürzt durch dilettantische Phantastereien, bleiben für uns eine Milchmädchenrechnung, da uns die unerschütterte Realität am besten belehrt, solange der Staat nicht die Voraussetzung zur wirtschaftlichen Gelandung gibt.

Statt eine Voraussetzung zur Lösung der wirtschaftlichen Konflikte zu geben, hat der Staat durch den allgemeinen Lohnabbau das Gegenteil gegeben, denn er mißachtet die Spanne zwischen arm und reich, die für einen gesunden Wirtschaftskörper aus keinem Fall in einem so großen Verhältnis vorhanden sein darf. Es kann auch nicht das letzte Ziel der Wirtschaftsförderung des Staates sein, bloße Anammlung von Reichthümern bei einer kleinen Volkszahl unter dem Vorwand zu begünstigen, daß Kapitalanammlung zur Anurbelung der Wirtschaft nötig ist. Hier bleibt für uns die Frage offen: Wie war denn der rasche Fortschritt der Technik möglich? Doch nur durch Kapitalanhäufung! Die Kapitalanhäufung besteht schon längere Jahre, fand in der Inflation ihre Grundlegung, sonst wäre die unverwendbare Arbeitskraft nicht vorhanden, es wäre nicht so weit gekommen, daß Millionen fleißiger Arbeitskräfte zum Feiern verdammt sind.

Mit dem raschen Fortschritt der Technik konnte der Konsum nicht Schritt halten, zudem die Möglichkeiten, den Export zu heben, sehr gering waren. Hier wird aber ebenjowenig die Kapitalanammlung, die gern mit dem Lohnabbau vernippt wird, Wege schaffen. Es wäre müßig, an dieser Stelle zu unterfragen, welche Güter und Länder für den Auslandshandel in erster Linie in Frage kommen, und welche Betriebe für das Exportgeschäft Kapitalanhäufung nötig haben, die Buchdruckerbesitzer auf keinen Fall. Alle Länder sind darauf bedacht, sich gegen den Zutrom fremder Waren abzusichern, und überall nimmt die Höhe der Zollmauern zu. Was bei nationalen wirtschaftspolitischen Gründen unter Berücksichtigung der Weltwirtschaftslage eine Selbstverständlichkeit ist.

Es bleibt dem deutschen Kapitalisten, wenn man so sagen darf, besser deutschen Unternehmern, kein anderer Ausweg, als den heimischen Markt zu erschließen, zudem stets der Inlandsmarkt das einträglichste Geschäft bietet, wie dies die deutschen Buchdruckerbesitzer doch so trefflich beweisen. Wir Arbeiter haben alle einen sehr großen Bedarf an Waren aller Art; eine ungeheure Menge von Gütern kann der Inlandsmarkt verschlingen, wenn ihm die Möglichkeit zur Konsumtion gegeben wird. Konsumkapital muß flüssig gemacht werden. Hier muß der Staat die Aufgabe in die Hände nehmen und durch die Rechtsordnung (lies „Polizverordnung“) Mittel und Wege schaffen, insofern, daß die Verteilung des Volkseinkommens einer Änderung unterworfen wird. Dies kann aber nur geschehen durch die Einführung der 40-Stunden-Woche. Gar nichts ist der Wirtschaft genügt, wenn man die 40-Stunden-Woche einführt zu entsprechend verringerten Löhnen; die Lohnsätze müssen in ihrer bisherigen Höhe beibehalten werden, die jowieso kaum das Maß einer tierischen Bedürfnisbefriedigung übersteigen. Eine „Kapitalanhebung“ unter den Arbeitern ist heute unmöglich; wenn wirklich ein Taler auf die „hohe Kante“ gelegt wird, so ist dies lediglich eine Verschiebung des Verbrauchs auf einige Wochen. Unser Verdienst fließt ungeniebig rasch der Wirtschaft zu, das beweist, daß nicht der Kapitalist die Wirtschaft im Gang erhält, sondern der Konsument allein, und das sind vornehmlich wir Proletarier. Die Forderung der 5-Tage-Woche durch die Gewerkschaften ist also eine den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen voll und ganz angepaßte Zielsetzung zur Lösung der Wirtschaft unter Einverleibung von Erwerbslosen. Selbstverständlich sprechen auch noch andre Gründe mit, die aber hier nicht erörtert werden können.

Eine Preisentkung, nicht auf Kosten der Qualität oder gar nur eine papierene, ist dann eher möglich, weil der Kaufmann größeren Umsatz hat, er kann seine Ware billiger abgeben als bei der jetzigen Absatzlage. Wir erhoffen nun mit Einführung der 5-Tage-Woche keinesfalls Idealkonflikte, weil es unter Menschen keine gibt, ebenjowenig wie es in einem kapitalistischen Staat eine Sittlichkeit gibt, vielmehr Willkür und Rücksichtslosigkeit sind die Voraussetzung in einem solchen Staat. Wir fordern nur Menschenrecht, weil das Erbrecht für uns doch nicht geschaffen ist.

Der menschliche Rechtsanspruch für den Menschen als solchen besteht in Nahrung, Kleidung, Wohnung und Teilnahme an den weltlichen Kulturgütern!

Dies ist der Grundgedanke bei der Forderung der 5-Tage-Woche. Hier liegt es dann an den maßgebenden Stellen, auch dafür zu sorgen, daß entsprechend der Arbeitszeitverkürzung die Arbeiter in den Produktionsprozess eingereiht werden, denn ohne gezielte Regelung würden sich die schlimmsten Auswirkungen bemerkbar machen.

K. A. F. e n b u r g.

W. B.

### Vom Willenszwang zur Willensfreiheit

(Göltz)

Da wir auf die von außen kommenden Ursachen unserer Handlungen keinen Einfluß haben, so wird daraus vielfach gefolgert, daß wir auch keine Willensfreiheit besitzen. Und das ist in gewisser Hinsicht durchaus richtig; denn eine Willensfreiheit in dem Sinn, als ob wir fähig wären, einen Entschluß ohne irgendwelche Veranlassung aus der Luft zu greifen, gibt es nicht. Das, wofür wir uns im Augenblick der Entschlüsselung entscheiden, ist schon vor derselben Gegenstand unseres Bewußtseins, und mannigfache geistige Vorgänge, wie Eindrücke, Vorstellungen und Empfindungen, gehen dem Entschluß als veranlassende Beweggründe voraus. In diesem Sinne betont der Philosoph Ed. v. Hartmann mit Recht, daß nichts gewollt werden kann, was nicht vorgestellt wird.

Dennoch ist es in gewissem Sinne richtig, wenn der Mensch von sich behauptet, daß er tun und lassen kann, was er will. Aber auch nur in einem gewissen Sinne; denn wenn diese Annahme mit den Tatsachen übereinstimmen soll, dann müssen wir sagen, daß wir nur das tun und lassen können, was unser Wille will beziehungsweise nicht will; ja daß wir das sogar nicht nur tun können, sondern tun müssen; denn (wie Kant und Schopenhauer sehr scharfsinnig erkannt haben) der Wille liegt außerhalb unseres Selbstbewußtseins, ist unser eigenes Selbst, von dem wir befreit werden. Darum ist nicht der Mensch an sich das Bestimmende beim Tun, sondern sein Wille. Infolgedessen kann der Mensch nicht wollen, wie er will, sondern nur wollen, wie sein Wille will. Der Mensch unterliegt also in seinem Handeln dem Willenszwang.

Mit der üblichen Auffassung der Willensfreiheit treffen wir aber auch dann nicht das Richtige, wenn wir diesen Begriff auf den Willen selbst beziehen; denn dieser ist, wie schon betont wurde, von Motiven (Ursachen) abhängig,

und hat deshalb auch nicht die Freiheit, sich beliebig zu äußern. Jede Willensäußerung setzt das Vorhandensein eines Motivs als Ursache voraus, und wo dieses vorhanden ist, da muß der Wille mit Notwendigkeit darauf reagieren.

Das als Motiv wirkende Objekt braucht allerdings nicht immer der sinnlichen Anschauung zugänglich sein; auch bloße Gedanken, wie wir sie zu jeder Zeit im Kopf mit uns herumtragen, können zur Ursache einer Willensäußerung werden.

So wie das Motiv die Voraussetzung für eine Willenshandlung ist, so kann es aber auch eine Willenshandlung hemmen oder zeitlich verhindern; nämlich in dem Falle, daß es als Gegenmotiv auftritt. Wir können täglich die Wahrnehmung machen, daß ein Mensch durch Bessprechungen, Drohungen und Gefahren von einer beabsichtigten Handlung zurückgehalten werden kann. In diesem Falle ist eben das Gegenmotiv stärker als der ursprüngliche Beweggrund. So kann z. B. das in der Regel stärkere Motiv, die Lebenserhaltung, von einem noch stärkeren Motiv überwunden werden, wie der Selbstmord zeigt und die Aufopferung des Lebens für einen in Gefahr befindlichen Menschen oder eine große Idee.

Aus dem festgestellten Willenszwang und der darauf ruhenden Verneinung der Willensfreiheit des Menschen ergibt sich nun für das praktische Leben ein eigenartiger Zustand; denn wenn all unsere Entschlüsselungen und Handlungen nur unter der Einwirkung des jeweils stärkeren Motivs ständen, so wäre damit jede sittliche Verantwortlichkeit aufgehoben. Jeder Selbstanlage und jedem Richterpruch könnten wir dann auch bei dem schwersten Vergehen entgegenhalten, daß die drängende Gewalt auf uns einwirkender Ursachen unser Handeln so, wie geschehen, unvermeidlich gemacht hat.

Daß wir aber damit im praktischen Leben nicht weit kämen, lehrt uns die Erfahrung. Das Leben in der

kleineren wie in der größeren Gemeinschaft, das Leben in der Familie wie im Staate zwingt uns geradezu, für unser Tun und Lassen Verantwortung zu tragen, ob wir uns dazu verstehen wollen oder nicht. Die sittlichen Grundlagen für unser Gemeinschaftsleben würden vollständig über den Haufen geworfen, wenn dem Menschen diese Verantwortung genommen würde und er sich bei all seinem Tun darauf berufen könnte, daß er nur aus innerem Zwange gehandelt habe.

Diese Erwägungen zeigen uns, daß eine willige Verneinung der Willensfreiheit für unser menschliches Dasein zu unmöglichen Auswirkungen führen würde und infolgedessen als unnatürlich und dem Daseinszweck widersprechend abgelehnt werden muß. Und in der Tat hat der Mensch eine geistige Kraft in sich, die sich als Gegenwirkung in bezug auf unser Handeln bestimmenden Motive offenbart. Es ist das Erkenntnisvermögen, mit Hilfe dessen wir die auf den Willen einwirkenden Motive unter die Vernunft zwingen und uns so die Entscheidungsfreiheit sichern. Wohl wird der ursprüngliche Instanz zu einer Willenshandlung immer von einem Motiv ausgehen, aber ob und inwieweit wir uns dadurch zu einer Willensäußerung bewegen lassen, das hängt ganz davon ab, in welchem Grade wir uns durch Erkenntnistraft und Überlegung zur Entscheidungsfreiheit hindurchringen.

Das Motiv, das in uns das Begehren anregt und das Vollen auslöst, führt nicht ohne weiteres zur Willenshandlung. Zwischen Vollen und Tun ist die Vernunft eingeschaltet, die zur Überlegung zwingt, und der Mensch besitzt als vernunftbegabtes Wesen die Fähigkeit, vor der Entscheidung zu überlegen. Zu diesem Zwecke kann er sich die Motive, deren Einwirkung er auf seinen Willen spürt, in beliebiger Folge und wiederholt vergegenwärtigen, die Vorteile des einen und die Nachteile des andern gegeneinander abwägen und sich die Folgen einer Handlung vor Augen halten, bevor er seinen Willen durch ein Motiv

### Das Buchgewerbe im Ausland

**Osterreich.** Am 15. Mai begannen die Verhandlungen über die Erneuerung der Tarife für alle graphischen Berufe. Von der Arbeiterschaft wurde wieder das Graphische Kartell mit der Verhandlungsführung betraut. Die gegenseitigen Forderungen bedien sich im wesentlichen mit dem vorjährigen Forderungsprogramm. Zu einem nun auch von den Unternehmern gewünschten Manteltarif mit organisierten Bestimmungen für alle graphischen Berufe stellten die Unternehmerunterhändler 15 Anträge, die wegen ihrer Tragweite bei den Gehilfenunterhändlern den schärfsten Widerstand auslösten. Auf dem reichhaltigen Wunschzettel der Unternehmer stand u. a. ein Abbau der Überstundenzuschläge, Abschaffung jedweder Kündigungsgelde, dreier Feiertage und des gesetzlichen Entgelts in Krankheitsfällen, uneingeschränkter und automatischer Einbau von Änderungen der Sozialgesetzgebung, Verzicht der Korrektoren, Revisoren, Zeichner, Lithographen usw. auf die gesetzliche Angestelltenversicherung, Lohnabbau ab erster Zulimode, Erhöhung der Mindestleistungen und Herabsetzung des Tausendpreises, Einführung von Kurzarbeit bis 32 Stunden wöchentlich mit quotenmäßiger Lohnkürzung, eventuell ganzjähriges Aussehen, Erhöhung der Leistungen an den Sechsmaschinen, Aufhebung der Beschränkungen im Verbringswesen, d. h. Abschaffung der Verbringstafel (bei 16 Pro. Arbeitslosen), Anlernen von Lehrlingen an Offsetmaschinen, ein Lohnregulierungsübereinkommen und eine fünfjährige Tarifdauer. Die zehn Anträge des Graphischen Kartells zum Manteltarif forderten u. a.: 40-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn, 14tägige Kündigungsfrist nur am Jahrestage, wesentliche Einschränkung der Verbringstafel, Trennung der Lohnbestimmungen vom Tarif, Wiedereinführung des gesetzlichen Entgelts in Krankheitsfällen für eine volle Woche (gegenüber von derzeit dreimal zwei Tagen in drei aufeinanderfolgenden Krankheitswochen), einheitlichen Lohn für ganz Österreich, Einschränkung der Zweimachinenbedienung im Buchdruck, Verlängerung der Putzzeit bei den Sechsmaschinen und schließlich ein bis höchstens zweijährige Tarifdauer. Bei der hieraus ersichtlichen großen Verschiedenheit der beiderseitigen Anträge nahmen die Verhandlungen einen begrifflich schleppenden Fortgang. Für die Unternehmer entwickelte deren Generalsekretär ihre Anträge mit den einleitenden Worten, daß die graphische Unternehmerschaft von der christlichen Arbeiterschaft geleitet sei, die Tariffreiheit einem guten Ende zuführen. Die graphische Arbeiterschaft gab schon früher in ihrem Organ ihrer Bereitwilligkeit zur Regelung der gegenseitigen Verpflichtungen im Gewerbe auf dem bisher üblichen Wege des Vertragsausdrucks, mit dem Bemerkenswerdigen, auf das ihr zustehende Recht des gewerkschaftlichen Kampfes keineswegs zu verzichten, wenn an sie bezüglich der Neuregelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse unannehmbare Forderungen gestellt werden. Bisher konnte in verschiedenen Punkten eine Einigung erzielt werden, so daß damit schon die Annahme des neuen, alle drei graphischen Berufsgruppen Österreichs umfassenden Manteltarifs sichtbar werden. In der Kardinalfrage des Graphischen Kartells, der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei gleichbleibendem Lohn, konnte noch keine Annäherung erzielt werden, weil die Unternehmer dieser Frage ihre Forderung nach Kurzarbeit und entsprechender Lohnkürzung entgegenstellten. — Wie uns hierzu unterm 20. Mai aus Wien mitgeteilt wurde, sind die Tarifverhandlungen in graphischen Gewerbe Österreichs trotz der großen Unterschiedlichkeit der beiderseitigen Anträge doch und wider Er-

warten verhältnismäßig rasch und glatt zu einem friedlichen Abschluß gelangt. Es wurde ein für alle graphischen Arbeiter gültiger einheitlicher Manteltarif vereinbart, über dessen wesentliche Einzelheiten wir demnächst berichten werden. Die Tarifverhandlungen für die Wiener Tagessetzungen begannen vorausichtlich Mitte Juni. — Auf der Tagesordnung der diesjährigen Versammlung des Wiener Buchdrucker-Gremiums standen aktuelle Referate über die Staatsbetriebe, die Hausdruckereien, die Kollektordruckereien und die Konzeptionsbetriebe. Mehrmalige Besuche, den Wirkungskreis bei den staatlichen Druckereibetrieben abzugrenzen, scheiterten, und die Druckereien der Bundesbahnen zeigten auch weiterhin das Bestreben nach Ausbau, wobei sie das hierzu benötigte Personal dem Bahndienst entnehmen. Die Zahl der Hausdruckereien wird immer größer, und sie gehen in vielen Fällen schon über ihre ursprünglichen Bestimmung hinaus, aus welchem Grunde auch diese Druckereien dem Konzeptionszwang bzw. der befördlichen Bewilligung mit Nachweis der fachlichen Befähigung unterworfen werden sollen. Auch bei den Kollektordruckereien ist eine fortgesetzte Zunahme zu verzeichnen. Beschränkt sich diese zuerst nur auf Missionszeitschriften und liturgische Werke, so haben sie in letzter Zeit wie die Hausdruckereien auch schon auf das gewerbliche Gebiet übergegriffen und sind so zu einer merklich spürbaren vererblichen Konkurrenz insbesondere für die Wiener Druckereien geworden. Freundchaftliche Vorstellungen des Gremiums erst bei diesen Druckereileitungen, wie spätere Interventionen beim Papst fortgesetzt werden. Die Zahl der Neuerteilungen von Konzeptionen für Druckereien in Wien ist fortgesetzt eine außerordentlich hohe. Im Jahre 1911 zählte Wien noch 304, im Jahre 1919 348 Betriebe und im vorigen Jahr schon 425 Konzeptionen. **Norwegen.** In der seit 8. April währenden Arbeitslosenkonferenz war bis Pfingsten keine Änderung eingetreten. Nachdem die Arbeit einen Monat geruht hatte, waren die Vertreter der Parteien vom Reichsminister zu neuen Verhandlungen einberufen worden, die jedoch resultatlos verliefen. Unter den fortgesetzten Verhandlungen mit anderen Berufsgruppen (49 Tarife sind unter Verhandlung) hat der Schlichter am 21. Mai beschlossen, Vorschläge für die verschiedenen Tarife zu machen und den Mitgliedern der betreffenden Organisationen zur Abstimmung vorzulegen, auch wenn deren Vertreter den Vorschlag nicht empfehlen können. Für Eisenindustrie, Bergwerke, Textil- und Schuhindustrie sind Vorschläge ausgearbeitet. Am ersten Pfingsttag sollte ein Vorschlag für die graphischen Gewerbe herauskommen. Am 4. Juni soll für alle am Konflikt beteiligten Organisationen die Antwort vorliegen. Für die Papierfabriken, die schon seit Mitte März stillliegen, gilt dieser Einigungsversuch nicht, da eine zweite Verhandlung keine Grundlage für die Einigung ergab. — Aus dem oben erwähnten Bericht für 1930 des norwegischen Verbandes ist folgendes von allgemeinem Interesse zu entnehmen: Die Mitgliederzahl betrug am Ausgang des Jahres 3510, wovon allein in Oslo 2026. Von den Mitgliedern sind 2689 Gehilfen und 821 Hilfsarbeiter. Die Mitgliederzahl hatte einen kleinen Zuwachs von 34, der ganz auf die Gehilfen entfiel, da die Zahl der Hilfsarbeiter von 876 auf 821 zurückging. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ging zurück, von 683 auf 660. Von den Gehilfen sind 97 Pro. im Verband, von allen Arbeitern in Druckereien 90 Pro. Die Arbeitslosenstatistik

zeigt, daß der Beschäftigungsgrad gegen das Vorjahr ein wenig zugenommen hat, jedoch waren immer noch im Jahresdurchschnitt 10 Pro. arbeitslos. Die geringste Arbeitslosigkeit herrschte in den Monaten Mai bis August, eine Folge der sehr günstigen Ferienbestimmungen, die vielen Kollegen Ausleihstellen verschafften. Ein wenig tragen auch die sommerlichen militärischen Übungen zur Senkung der Arbeitslosenquote bei. Eine Lohnstatistik zeigt in der Gegenüberstellung von Druckereien (für Oslo) innerhalb und außerhalb des Arbeitgeberverbandes, daß die Löhne in den letzteren wesentlich höher waren als in den ersteren. Zu den letzteren gehören die Zeitungsdruckereien in Oslo. Der wöchentliche Durchschnittslohn für Handseher betrug in den erstgenannten Druckereien 75,67 Kr., in letztgenannten 84,96 Kr. Für Drucker 80,34 bzw. 86,80 Kr. Für Maschinenführer 95,02 bzw. 100,09 Kr., für Rotationsdrucker 100,34 bzw. 112,34 Kr. **Belgien.** „Die Zentralverband, die Sektion Brüssel.“ Das ist das große Dilemma, vor das die letzte Lohnbewegung, die den Zustand der Brüsseler Buchdrucker in den Beschlüssen der belgischen Kollegen stellt. Es hat begreiflicherweise manchenorts böses Blut gemacht, daß Vorstand und andere Brüsseler Mitglieder des Typographenbundes der Streikparole ihrer Sektion, deren Mitglieder sie in erster Linie sind, nicht Folge leisteten, sondern weiter ihrer Beschäftigung nachgingen. Diese Tat beantwortete die Sektion Brüssel mit dem Ausschluß aus ihren Reihen. Von diesem Ausschluß wurden u. a. auch der Zentralpräsident Stordeur und Generalsekretär Jhemmens betroffen. Um dem Typographenbund angehören zu können, muß man aber vorerst Mitglied der Ortsgruppe sein, in deren Bereich man seinen Beruf ausübt. Man sieht also ein, daß unter den gegebenen Umständen die Situation für manche Kollegen recht heikel wird. Erwägt man die letzten Konsequenzen, so müßte eigentlich die Sektion Brüssel wegen Disziplinlosigkeit ausgeschlossen werden. Was wäre der Typographenbund aber ohne Brüssel und eventuell Lüttich? Auch nach Beendigung des Streiks bleibt also eine recht unerquickliche Lage zu bereinigen. In einer Sitzung vom 19. Mai befaßte sich der Zentralvorstand des Typographenbundes mit der Frage des Organisationsverhältnisses der Brüsseler Arbeitswilligen; es kam zu folgendem Entschluß: „Bezugnehmend auf den Kongressbeschluss vom 3. Mai, der die Haltung der Brüsseler Kollegen als illegal bezeichnet, somit deren moralische und finanzielle Unterstützung ablehnt; in Anbetracht, daß, mit Einschluß der Schriftgießer und Stereotypen, mehr als 500 Verbandsmitglieder dem Streik ferngeblieben sind bzw. inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen haben, indem sie die Parole der Föderation befolgten; daß diese Kollegen den Wunsch ausgedrückt haben, auch weiterhin der Föderation anzugehören; daß die Föderation ihnen in Zukunft alle reglementarischen Rechte aus Arbeitslosen-, Kranken-, Widerstandstafel und Zuwendungsstellen gewähren muß; bezugnehmend auf die Artikel 1 und 2 der Arbeitslosenliste, die Artikel 6 und 8 des Verbandsstatuts sowie auf Artikel 3 des Reglements der Widerstandstafel, erklärt der Zentralvorstand, daß keine Ursache vorliegt, die nichttreuhaltenden Brüsseler Mitglieder aus der Föderation auszuschließen; sie haben in jeder Hinsicht die Beschlüsse der Kongresse und die Vorschriften der Verbandsaufstellungen befolgt. Das Verbandsstatut muß auf alle Mitglieder ohne Ausnahme angewandt werden, und zwar ohne irgendwelche Einschränkung.“ Wie verlautet, arbeiten zu den neuen Arbeits- und Lohnbedingungen der Sektion Brüssel 300 Kollegen. **Frankreich.** Der Zentralverband des französischen Buchdruckerverbandes hatte eines seiner Mitglieder mit einer

bestimmen läßt, bevor er den Entschluß zum Handeln faßt und so dem Willen die Bahn freiläßt.

So ist es dem Menschen möglich gemacht, auf dem Wege der Erkenntnis zur Vernunft, zur Einsicht zu gelangen und sich dadurch die Entscheidungsfreiheit zu sichern. Auf diesem Wege aber wird der Mensch in seinen Willenshandlungen relativ frei, das heißt unabhängig von dem Zwange, seinen Willen der Einwirkung eines beliebigen Motives auszuliefern.

Auf dieser wichtigen Tatsache beruht auch der Sinn der Forderung. Sie würdigt die Tatsache, daß der Wille grundsätzlich wohl dem Zwange seitens der Motive unterworfen ist, daß aber die Wirkung des einen Motives durch die Einwirkung eines andern, stärkeren Motives aufgehoben und verhindert werden kann. Durch die ihr zugehörige Vergehens angebrochenen Strafen stellt das Gesetz den zu verwerflichen Taten treibenden Motiven härtere Motive entgegen. Und das gleiche bezwecken die sittlichen Grundgesetze, wie sie im Christentum und andern Religionsystemen verankert sind und im werktätigen Leben in „Treu und Glauben“ zum Ausdruck kommen. Zudem wir uns diese Grundgesetze zu eigen machen und die Fähigkeit besitzen, sie den Motiven entgegenzusetzen, können sie als Gegenmotive wirken und uns vor unvernünftigen, falschen oder schlechten Handlungen bewahren, wenn sie kraft Erkenntnisvermögen und Entscheidungsfreiheit die Oberhand gewinnen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß wir ein sittliches Bewußtsein haben, ein Gewissen, das auch noch überall dort als Warner auftritt, wo die Vernunftgründe nicht ausreichend stark als Gegenmotive wirken.

Wir ersehen daraus, daß wir in der Erkenntnistraft den Anknüpfungspunkt haben für die moralische Grundtatsache unsres Tuns und die Ursache aller Besserung und Veredelung. Je stärker die Erkenntnistraft ist, desto fester wird der Entschluß zugunsten desjenigen Motives ausfallen, das die

größte Gewähr einer vernünftigen, guten Handlung in sich trägt. Aus dieser Tatsache und weil die Erkenntnis auch der mannigfachen Verächtigung und Steigerung fähig ist, ergibt sich auch der Wert und die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Erziehung, und zwar einer Erziehung, die nicht nur Wert auf Berufsbildung legt, sondern — und das in erster Linie — auch Wert auf Charakterbildung; denn das, was sich bei unserm Denken und Tun allmählich als Eigenart und Grundhaft herausbildet, ist der Charakter, der — je nach Art der das Denken und Tun beherrschenden Grundgesetze — gut oder schlecht sein kann.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß wir die Herrschaft über unsern Willen keineswegs als etwas Selbstverständliches zu betrachten haben, sondern zunächst mal dem Willenszwange unterliegen. Je mehr wir aber unsere geistigen Kräfte entwickeln, je mehr Erkenntnis, Überlegung und Bernunft in unserm Denken die Oberhand gewinnen, desto mehr sichern wir uns Entscheidungsfreiheit und die Möglichkeit, allmählich in allen Lebenslagen unserm Tuns zu werden und unsre Handlungen unter dem Einfluß der Vernunft zu einzurichten, daß wir vor unserm Gewissen bestehen und unser Tun vor unsern Mitmenschen verantworten können.

Darin liegt die große sittliche Bedeutung des Problems der menschlichen Willensfreiheit und der uns aus der Behandlung dieses Problems gewordenen Erkenntnis für unser Leben in der Familie und in der Gemeinschaft, für unser Leben in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht. Und daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, die Erziehung subjektiver Willensfreiheit zum sittlichen Grundgesetz zu erheben! Dem nur auf die Befriedigung irgendwelcher Triebe hinzuliebenden „Willen zur Macht“ stellen wir den Willen zur sittlichen Freiheit entgegen, den Willen, der nur das Gute will und in dem Streben danach auch vor Entagung und Opfern nicht zurücksteht.

Wir wissen, daß unser instinktives, triebhaftes Wesen oft ägellost und unlogisch ist und, wenn immer in Handlung umgesetzt, viel Unheil anrichten würde. Darum wurden uns Erkenntnis, Vernunft und Gewissen, Gaben, mit Hilfe deren sich der Mensch über das Tierreich hinaus erheben lassen und diese Gaben frei wirken, unterstellen wir ihnen unser Tun, so sichern wir uns damit auch die Freiheit, in allen Lebenslagen das Richtige, das Gute zu tun und das Falsche, das Schlechte zu lassen.

Nach dem furchtbaren Ringen des Weltkrieges, unter dessen kulturvernichtenden Folgen noch heute mehr oder weniger alle Kulturvölker zu leiden haben, ist jetzt eine Zeit gekommen, die einen lebensfähigen Friedenszustand zwischen allen Völkern als notwendig und möglich erweist. Die Staatsmänner aller Völker sind bemüht, diesen Zustand herbeizuführen und zu festigen. In Stelle des menschenunwürdigen Hinmordens durch kulturvernichtende Kriege soll hinfort Wahrung der gegenseitigen Lebensinteressen und wohlwollende Verständigung in kritischen Fragen treten. Dieses erhabene Ziel ist zu erreichen, und der so herbeizuführende Friedenszustand kann und wird Bestand haben, wenn alle Völker die Willensfreiheit erkröben, die sich allein mit den sittlichen Grundgesetzen der Zivilisation vereinbaren läßt; denn eine wichtige und notwendige Folge davon wäre die, daß sich alle Völker in ihrem Betätigungsdrange dort ein Ziel setzen, wo die Lebensinteressen eines andern Volkes geschädigt werden.

Es gibt ein unverwelkliches Gesetz der Beschleunigung, nach dem alle Abel, die wir andern zufügen, auf uns selbst zurückwirken! Dieses Gesetz gilt für den einzelnen so gut wie für die Gesellschaft und für ein Volk ebenso wie für die Gesamtheit der Völker. Haben wir dieses Gesetz als einzelne und in der Gesamtheit bei all unserm Tun und Lassen immer vor Augen, dann werden wir in Willensfreiheit stets so handeln, wie es uns als vernunftbegabten, zur Aufwärtsentwicklung bestimmten Geschöpfen sittliche Pflicht ist. (G. J. F. Berlin)

Propagandatournee in den nordafrikanischen Provinzen beauftragt, damit die Zusammenfassung der Gewerkschaftsarbeit in diesen ausgedehnten Gebieten in die Wege geleitet werde. Das vorläufige Ergebnis dieser Propagandarbeit läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Mit der Kolonialgruppe Alger wurde vereinbart, daß sie, die gewissermaßen den Sammelpunkt für das nordafrikanische Verbandsgebiet darstellt, ihre Tätigkeit in Zukunft nicht auf ihren Ortskreis beschränken soll. Alger muß vielmehr der Vorort für die gesamten überseeischen Kolonialgruppen werden. Es werden in der Folge regelmäßige Publikationen erscheinen, worin den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den algerischen und tunesischen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Oran, Constantine und Tunis werden die Zwischenstationen bilden, um die sich für ihren resp. Umkreis das gewerkschaftliche Leben im Buchgewerbe konzentrieren wird. Es soll alles darangesetzt werden, um die in weitem nordafrikanischen Gebiet verstreuten Landstädte, in denen das Buchgewerbe vertreten ist, aus ihrem Zustande völliger Isolation herauszuführen. Der Vorstand der Sektion Alger wird sich wenigstens einmal im Monat versammeln, um die aus den Provinzen eingegangenen Mitteilungen zu prüfen und die daraus sich als notwendig erweisenden Beschlüsse zu fassen. Die Zusammenfassung der nordafrikanischen Bucharbeiterarbeit drängt sich um so mehr auf, als die dortige Prinzipalität auf ihrem Kongreß vom Jahre 1930 beschlossen hat, eine enge Arbeitsgemeinschaft untereinander zu bilden, als Abstützung der bisher recht freundschaftlichen gegenseitigen Beziehungen. Die Interessengemeinschaft unter der Prinzipalität ist also perfekt, und es wäre verfehlt, wenn die Bucharbeiterarbeit sich weiterhin eventuellen Folgen dieses Zusammenstoßes der Unternehmer verschließen würde. Geht, wird sie imstande sein, ungetreue Übergriffe der Unternehmer zurückzuweisen. Oran, Constantine und Tunis müssen, dem Beispiel von Alger folgend, versuchen, Lokaltarifse mit den Unternehmern abzuschließen. Diese Lokaltarifse könnten sich in der Zukunft zu Regionaltarifen verdichten, wie sie in dem innerfranzösischen Verbandsgebiet bestehen. Früher bestanden auch in den Landstädten wie Bougie, Philippeville, Bone, Ortsgruppen des Bucharbeiterverbandes. Sie wurden in der Regel geleitet von Kollegen, die aus den größeren Zentren zugereist waren; leider sind diese Sektionen, infolge Abwanderung ihrer Führer, wieder eingegangen. Durch Zugang von Kollegen, die anderswo arbeitslos sind, könnte erreicht werden, daß diese Sektionen wieder aufleben würden. Dies wäre um so leichter zu bewerkstelligen, als fast beständig von diesen Landdrucker Arbeitskräfte angefordert werden. Selbst die kleinsten Druckorte, wie Orleansville und Tlemcen, könnten auf diese Weise der Organisation gewonnen werden. In genannten Ortsgruppen sind die Kollegen, weil sie sich nur schwer dazu entschließen können, die Heimatkraft zu verlassen, auf Gedeih und Verderb den Unternehmern ausgeliefert. Nur die Organisation kann hier eine Wendung zum Besseren bewirken. Die Sektion Alger unter ihrer jetzigen Führung, mit restloser Unterstützung des Zentralverbandes, wird versuchen, um Wegbereiter für diese Wendung zu werden. — Die gemüthliche Nachfeier zum diesjährigen Kongreß der Regionalgruppe Eltag und Vohringen in Wülhausen, über die in Nr. 39 des „Korr.“ berichtet, war u. a. der Ehrung eines verdienstvollen Kollegen gewidmet, der auch vielen deutschen Verbandskollegen von früher her bekannt sein wird. Es sind nunmehr 20 Jahre verfloßen, seit Kollege Geßel das Amt des Straßburger Verbandsassistenten übernommen hat. Nach dem Tode wurde ihm die Regionalkasse anvertraut. Nach anerkennenden Worten des Vorsitzenden Buchmann an die Adresse des Kollegen Geßel wurde ihm als äußerer Ausdruck des Dankes eine goldene Uhr mit Kette überreicht. — Die Lohnbewegung der Sektion Salon endete mit der Anerkennung eines Tarifs, der die Bezahlung der Feiertage, eine Woche Ferien und eine Lohnverhöhung von 1,50 Fr. täglich vorzieht. — Macón und Grenoble mußten eine Lohnsenkung wegen rückwärtiger Inzidenz in Kauf nehmen.

Spanien. Wie den deutschen Kollegen aus den Tageszeitungen bekannt sein dürfte, hat nun auch in Spanien die Monarchie der Republik Platz gemacht, was von unserm gewerblichen Standpunkt aus betrachtet nur zu begrüßen ist. War doch seit 1923, als die Diktatur in Spanien die Regierung übernahm, an ein freies Wort nicht zu denken und jede Gegenströmung wurde mit aller Strenge unterdrückt. Dieses System, nicht nur bei Zeitungen, sondern auch bei Zeitschriften und Büchern angewandt, mußte rückwärtig auf unser Gewerbe sein und hemmte den Geschäftsgang schwer, so daß an allen Orten gerade in unserm Beruf starke Arbeitslosigkeit herrschte. Nicht selten wurden Tageszeitungen mit Geldstrafen bis zu 60 000 Pesetas bestraft, oder die verantwortlichen Leiter einfach eingesperrt und die Zeitung auf kurze oder längere Zeit verboten, so daß sich viele der Betroffenen nur mit aller Anstrengung über Wasser halten konnten. — Die Anschaffung neuer Maschinen und Schriften usw. war infolge dessen so gut wie ausgeschlossen, und fast nur große Druckereien oder von der Diktatur begünstigte Gesellschaften konnten Anschaffungen machen. Wenn auch nicht daran zu denken ist, daß der Umkreis einen sofortigen Wechsel im Gewerbe bringt, so ist doch die Aussicht auf einen solchen besser als seit vielen Jahren unter dem Druck der Militärdiktatur. Es werden jetzt die Parlamentswahlen vorbereitet, um einen definitiven Regierungsplan und die neue Verfassung der Nation auszuarbeiten. Die Arbeitsverhältnisse sind noch die gleichen wie vor fünf Jahren, acht Stunden Tagesarbeit, sechs Stunden Nacharbeit; überdauern werden mit 25 bis 30 Proz. Aufschlag bestraft. Die Lohnverhältnisse sind grundverschieden und absolut

nicht einheitlich, trotzdem diese eigentlich durch die Arbeits-schiedsgerichte (Comités Paritarios) geregelt sein sollten. Auf viele Anfragen um Kondition, die aus Kollegenkreisen bei der spanischen Organisationsleitung und bei Einzelkollegen in Spanien eingehen, sei hiermit summarisch geantwortet, daß es nicht rasam ist, trotz des Umtriebs aufs Geratewohl oder auf stüchtige Verpflegungen nach Spanien zu gehen. Dann ist auch die spanische Lebensweise der deutschen gegenüber so grundverschieden, daß sie eben nicht für jedermann paßt, und andererseits gibt es viele Kollegen, die schon seit einer Reihe von Jahren in Spanien anständig sind und sich doch nur schwer der spanischen Lebensweise anpassen können. Auf alle Fälle sei jedem Kollegen, der nach Spanien gehen will, geraten, sich zuerst vertraglich zu sichern.

### Korrespondenzen

O. M. Berlin. (65 jähriges Verbandsjubiläum.) Daß zwei Kollegen ihr 65jähriges Jubiläum als Verbandsmitglieder begehen konnten, dürfte bisher wohl einzig vorgekommen sein. Die Namen dieser wackeren Kämpen — deren wohlgetroffene Bilder der „Korr.“ schon ehrend brachte — sind Franz Herzenbrück und Richard Stein. Kollege Herzenbrück wurde am 10. August 1842 in Berlin geboren, lernte hier die „Kunst des Typensetzens“ und war bis 1922, zuletzt als Korrektor, tätig. 1863 trat er, sogleich nach dem Aussern, dem 1862 gegründeten Berliner Buchdrucker-Gewerksverein bei, und unter dem 20. Mai 1866 ging er zum Deutschen Buchdruckerverband über. Richard Stein wurde am 7. Dezember 1845 ebenfalls in Berlin geboren; auch er erlernte hier das „Finnen“ und trat auch am 20. Mai 1866 dem Deutschen Buchdruckerverband bei. Stein dürfte vielen Kollegen als „Meister“ in der Norddeutschen Buchdruckerei noch bekannt sein, dem man jedenfalls aus besonderer „Anhänglichkeit“ noch den zweiten Namen „Nepomuk“ anhängt. Am 28. Mai war es Kollegen Stein zu seiner Freude noch vergönnt, im Kreise seiner Familie und ihm nahestehender Kollegen auch das Fest der goldenen Hochzeit zu begehen. Die Alte Berliner Barndrucker, denen die Jubilare als „Senioren“ angehören, ließ es sich nicht nehmen, des Ehrentages besonders zu gedenken, und sie war dazu nahezu vollständig erschienen. Die Tafel, an denen die Jubilare Platz genommen, war mit Blumen geschmückt, eine fastliche Anzahl von Sängern der „Typographia“ war erschienen, und in feierlicher Weise erklangen ernste und erhebende Klänge. In Worten gedachte man der Verdienste dieser „Alten“, die in rührender Weise ihren Dank dafür abkatteten. Möge sich die Jugend ein Beispiel an der dem Verband bewiesenen Treue dieser Jubilare nehmen!

Bitterfeld. Die Feire des 25 jährigen Bestehens unseres Ortsvereins am 9. Mai wurde eingeleitet durch einige Musikstücke und einen Vorpruch, gesprochen von Kollegen Puhlmann. Nachdem begrüßte Vorsitzender Herzmann die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Angehörigen sowie u. a. die Vertreter des Gaus, des Bezirks, des Bildungsverbandes und verschiedener auswärtiger Ortsvereine. Im Mittelpunkt der stimmungsvollen Feiere stand die Festrede des Kollegen Kiehn (Halle). Er schilderte den Werdegang des Ortsvereins, der am 5. Mai 1906 von 15 Kollegen gegründet wurde, und würdigte seine Tätigkeit innerhalb unseres Verbandes. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich der Ortsverein zu einem blühenden Zweig am Stamme der Organisation entwickelt. Gewerkschaftliches und kollegiales Zusammengehörigkeitsgefühl haben zu seinem heutigen Stand beigetragen. In seinen weiteren Ausführungen würdigte der Redner im besonderen die nuzergültigen Unterstüßungseinrichtungen des Verbandes. Besondere Dank gebühre dem noch heute unserm Verband angehörenden Gründer und damaligen Vorsitzenden Kollegen Krebs (Berlin), der leider verhinbert war, am Jubiläum teilzunehmen, sowie allen Kollegen, die sich immer bereitwillig in den Dienst unserer Organisation stellten. Ferner gelte es noch diejenigen Kollegen zu ehren, die am Jubiläumstage 25 Jahre dem Verband angehört, es sind dies die Kollegen Bode, Grinthal, Heiland, Täschner und Wesel. Als äußeres Zeichen der Anerkennung wurde jedem Jubilar ein Verbandsmonument überreicht. Der Festredner übertrug dann die Glückwünsche des Gaus, „An der Saale“ sowie des Ortsvereins Halle und überreichte im Namen des Gaus ein Porträt unseres leider zu früh verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden Selig. Ferner gedachte der Redner noch unser auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen und schloß seine eindringliche, mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf Ortsverein und Verband, in das die Versammelten begeistert einstimmten. Den Reigen der Gratulanten eröffnete Kollege Hamann (Dessau) als Vertreter des Bezirks und des Ortsvereins Dessau. Er betonte in seiner Ansprache, daß in den 25 Jahren stets ein inniger Kontakt zwischen dem Ortsverein Bitterfeld und dem Bezirk sowie Ortsverein Dessau bestanden habe. Aus diesem Grunde sei es für ihn eine besondere Freude, dem Jubiläumstag die herzlichsten Glückwünsche zu überbringen. Als Geschenk des Ortsvereins Dessau überreichte er in Erkenntnis der Finanznöte Bitterfelds einen Geldbetrag. Kollege Grote (Leipzig) überbrachte als Vertreter des Kreises Leipzig im Bildungsverband die herzlichsten Glückwünsche. In seinen Ausführungen kreifte er kurz die Verdienste sowie Zweck und Ziel des Bildungsverbandes. Kollege Reichert (Grödenhainchen) übermittelte die Glückwünsche des Ortsvereins Grödenhainchen und überreichte als Geschenk ein Schreibzeug. Die Glückwünsche des Ortsvereins Delsitz überbrachte Kollege Bof, und Kollege Donner im Namen der Ortsgruppe Delsitz des Bildungsverbandes. Kollege Herzmann konnte anschließend noch weitere schriftliche Glückwünsche zur Verlesung bringen. Unter anderem übermittelte der leider am Ergehen verhinberter Mitbegründer des Ortsvereins, Kollege Karl Krebs (Berlin), die herzlichsten Glückwünsche und als Geschenk einen Gong. Ferner hatten die Ortsvereine Rötzen und Zerbst Glückwünsche telegraphisch überbracht. Auch der Verleger und Herausgeber des „Bitterfelder Allgemeinen Anzeigers“ Herr Buchdruckermeister Adolf Wachsmuth, hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Ortsverein die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Besonders zu er-

wähnen wären noch Glückwünsche der Aktienbrauerei Bitterfeld und der Firma Gebr. Hartmann (Ummendorf). Der letztere sei noch besonders gedankt für Übermittlung des Biersfarbendruckes und der Wulsternappen. Im Namen der Jubilare dankte dann Kollege Täschner für die erwiesenen Ehrungen. Zum Schluß konnte Kollege Herzmann allen Rednern für Übermittlung der Glückwünsche und Geschenke den herzlichsten Dank im Namen des Ortsvereins aussprechen. Im gemüthlichen Teil kam dann der Humor nach echter Buchdruckerart in reichlichem Maße zur Geltung. An dieser Stelle sei auch noch einmal allen Kollegen gedankt, die sich in ungewöhnlicher Weise an der Vorbereitung des Festes beteiligten, nicht unerwähnt sei auch unsere edle Musik. Ganz besonderer Dank gebühret noch den Herren Buchdruckermeister Wachsmuth und Schenke für unentgeltliche Lieferung der Druckfärberei sowie der Firma Meißner Nachf. für Ausführung der Buchbinderarbeiten. Hoffen wir, daß wir das 50jährige Bestehen unseres Ortsvereins in einer besseren Zeit begehen können!

Bezirk Oberhausen. Inre diesjährige Feiere am 10. Mai in Friedrichshafen am Bodensee feiert. Der gute Ruf, den diese Stadt, die Heimat der Dornier-Flugzeuge, der Maybach-Motoren und vorab des Zepellins, auch als landwirtschaftliches Schmuckstück und als Kleinod des Bodensees genießt, hatte gewirkt: rund hundert Kollegen aus den verschiedensten Druckorten des Bezirks hatten sich zur Erledigung der laufenden Geschäfte, zur Stärkung der Gewerkschaftsidee und zur Pflege kollegialer Beziehungen zusammengefunden. Besonders stark waren vertreten Ravensburg, das einst vor Jahrzehnten die erste Papierfabrik Deutschlands besaß, und Biberach. Aber auch die kleinen Mitgliedschaften und Einzelkollegen aus den verträumten Städtchen des Allgäus und des Federgebietes waren in vorbildlicher Treue dem Rufe gefolgt. Die Tagesordnung, soweit sie geschäftliche Dinge betraf, wurde, nachdem einigen Jubilaren und vorbedienten Kollegen die verdiente Ehrung zuteil geworden war, rasch erledigt, und ließ einen breiten Raum für das Referat „Rückblick und Ausblick“ des Kollegen Kiehn (Stuttgart). Dieser gab dann auch ein vortreffliches Bild der Weltwirtschaftsfrage und der Lage der Arbeiterfrage. In hervorragender instruktiver Weise erläuterte er die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Verhältnisse in Ländern und Kontinenten und gab einen Begriff von dem Zusammenwirken und Zueinandergreifen der verschiedenen Faktoren, die Aufstieg oder Niedergang eines Volkes bedingen. Als gewollter Effekt seiner Ausführungen entstand in jedem aufmerksam Zuhörer — und wer war dies nicht? — das Bewußtsein, daß nur unverbrüchliche Treue der gesamten Arbeiterklasse gegen sich selbst und in gewerkschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht diese vor völliger Verelendung retten können. Die Situationsberichte der einzelnen Mitgliedschaften ergaben, daß die tarifliche Lage im Bezirk geordnet ist, daß aber Arbeitslosigkeit sowie die Überflutung einzelner landwirtschaftlicher, hervorragend schon gelegener Städte (wie gerade Friedrichshafen) mit Durchreisenden einzelnen Ortsvereine schwere Sorge bereitet. Der Bericht über den Stand der Zeitringsliste im Bezirk, gegeben vom Bezirksleiter Kiehn, zeigte zwar die betrübliche Tatsache, daß infolge der vielen kleinen Betriebe die Zeitringsliste, trotzdem sie sich im tariflichen Rahmen hält, eine ungewöhnlich hohe ist, gab aber auch andererseits davon Zeugnis, daß sich Oberhausen mit seinen gut organisierten Bildungsmassnahmen sehr wohl haben lassen kann. So blieb denn trotz der Schwere der Zeit der Eindruck der Versammlung ein erhebender und ermutigender, und freudig stimmten alle Anwesenden in das Hoch auf den Verband ein, mit dem Vorsitzenden Kiehn, dem für seine multergültige Besprechungslieferung Dank gebühret, diese schloß. — Am Nachmittag hatten die Kollegen Gelegenheit, dem Aufstieg des „Graf Zepelin“, der gerade zu seiner Nürnberger Fahrt startete, beizuwohnen.

### Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Gewerbetammer Zitta bestand der Segetkollege Natur Wendler die Meisterprüfung.

Ausstellung von Schülerarbeiten graphischer Berufsschulen. Im Buchgewerbe unseres Verbandsgebietes in Berlin werden zur Zeit Schülerarbeiten der graphischen Berufsschulen Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Mannheim-Ludwigshafen, München und Zitta gezeigt. Die ausgestellten Schülerergebnisse bringen Arbeiten aus fast allen Gebieten der Druckartenherstellung. Wir finden neben dem Werkstoff den mathematischen und Formelbau, den Anzeigebau und vor allem den Kfz-Bau. Die Ausstellung läßt sowohl den Wert des Berufunterrichts in den Berufsschulen wie auch den Stand der gegenwärtigen Lehrplänebildung im Buchdruckgewerbe erkennen. Sie ist täglich bei freiem Eintritt von 9 bis 12 Uhr, Sonnabends von 9 bis 14 Uhr geöffnet. Die Berliner Kollegen, die wochentags am Besuch der Ausstellung verhindert sind, finden am Sonntag, dem 7. Juni 1931, von 11 bis 13 Uhr, zur Besichtigung Gelegenheit; wir machen besonders auf diese Gelegenheit aufmerksam.

Internationale Buchausstellung in Paris. Im Welt-Palais der Beaug-Strasse in Paris wurde dieser Tage die internationale Buchausstellung als Fortsetzung der Leipziger Ausstellung im Jahre 1927 eröffnet. In der deutschen Abteilung, der einzigen der ausländischen, die geschlossen in einem besonderen Saal untergebracht ist, wird das Beste gezeigt, was die deutsche Buchkunst der allerletzten Jahre hervorgebracht hat: Schriftkunst und Typographie, Preisdrucke und Verlagswerke, billige und kostbare Bücher, Illustrationen und Buchgraphik. Eine besondere Wertschätzung der Leistungen der deutschen Buchkunst kam bei den offiziellen Ansprachen gelegentlich des Eröffnungsbanketts, dem der Minister für Volksbildung präsierte, zum Ausdruck. Bei diesem Bankett hielt Professor Hugo Steiner-Wag (Leipzig), der Präsident der Internationalen Buchausstellung Leipzig 1927, eine Ansprache, in der er auf die kulturelle und künstlerische Bedeutung derartiger Ausstellungen hinwies.

Besserung in der Papierindustrie. Auf der Generalversammlung des Feldmühle-Konzerns, des führenden Unternehmens in der deutschen Druckpapierindustrie, führte der leitende Direktor der Gesellschaft aus, daß der Be-

